Europäisches Parlament

Preisträger des Sacharow-Preises 2025

Andrzej Poczobut und Msia Amaghlobeli – Journalisten, die für die Demokratie in Belarus bzw. Georgien kämpfen

Die Achtung der Grundfreiheiten und Menschenrechte ist ein Grundwert der Europäischen Union (EU) und wird durch ihre Politik gefördert. Mit dem Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments wird die Tätigkeit von Menschen gewürdigt, die sich für die Achtung dieser Freiheiten und Rechte einsetzen. In diesem Jahr wird der Sacharow-Preis dem Journalisten Andrzej Poczobut und der Journalistin Msia Amaghlobeli verliehen, die in ihren jeweiligen Ländern – Belarus bzw. Georgien – inhaftiert sind, weil sie für Meinungsfreiheit und Demokratie eintreten. Die Verleihung findet während der Dezember-Plenartagung des Europäischen Parlaments statt.

Bedeutung des Sacharow-Preises

Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit des Europäischen Parlaments ist nach dem bedeutenden sowjetrussischen Wissenschaftler, Dissidenten und Friedensnobelpreisträger Andrei Sacharow benannt. Der Preis ist die höchste Auszeichnung der EU für Menschenrechtsarbeit. Seit 1988 – als Nelson Mandela und Anatoli Martschenko ausgezeichnet wurden – verleiht das Europäische Parlament jedes Jahr Einzelpersonen oder Organisationen den Sacharow-Preis für ihre herausragenden Beiträge zur Verteidigung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. María Corina Machado aus Venezuela, der im vergangenen Jahr (gemeinsam mit Edmundo González Urrutia) der Sacharow-Preis verliehen worden war, wurde kürzlich auch mit dem Friedensnobelpreis 2025 ausgezeichnet.

Verleihungsverfahren, Finalisten und Preisträger des Sacharow-Preises 2025

Die Fraktionen – oder auch Gruppen von mindestens 40 Mitgliedern – nominieren jedes Jahr die Kandidaten für den Sacharow-Preis. Aus der Liste der Kandidaten wählen der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, der Entwicklungsausschuss und der Unterausschuss Menschenrechte in einer gemeinsamen Abstimmung drei Finalisten aus. Die drei Finalisten für den Sacharow-Preis 2025 waren erstens der inhaftierte Journalist **Andrzej Poczobut** aus Belarus und die inhaftierte Journalistin **Msia Amaghlobeli** aus Georgien, die in ihrem jeweiligen Land für die Freiheit kämpfen, zweitens **Journalisten und humanitäre Helfer in Palästina und anderen Konfliktgebieten**, vertreten durch die palästinensische Journalistengewerkschaft, den Roten Halbmond und das UNRWA, und drittens **Studierende in Serbien**. Am 22. Oktober 2025 beschloss die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden, Andrzej Poczobut und Msia Amaghlobeli den Sacharow-Preis 2025 zu verleihen. Bei der Bekanntgabe des Beschlusses erklärte die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, das Europäische Parlament ehre mit dieser Auszeichnung zwei Journalisten, deren Mut ein Leuchtfeuer für alle ist, die sich nicht zum Schweigen bringen lassen. Das Europäische Parlament stehe ihnen und allen, die weiterhin Freiheit fordern, zur Seite. Andrzej Poczobut ist der vierte Sacharow-Preisträger aus Belarus. Die drei vorherigen Preisträger aus diesem Land waren die demokratische Opposition im Jahr 2020, Aljaksandr Milinkewitsch im Jahr 2006 und der Belarussische Journalistenverband im Jahr 2004. In diesem Jahr geht der Sacharow-Preis erstmals auch nach Georgien.

Kampf für Freiheit und Demokratie in Belarus

Nach der Präsidentschaftswahl 2020 wurde Aljaksandr Lukaschenka, der seit 1994 an der Macht ist, mit über 80 % der Stimmen zum Sieger erklärt. Das Ergebnis der Wahl – bei der auch Swjatlana Zichanouskaja kandidierte – wird jedoch angezweifelt, was zu landesweiten friedlichen Protesten führte, die von der Staatsmacht gewaltsam unterdrückt wurden. Im Anschluss daran verstärkten die Staatsorgane des Landes die Unterdrückung unabhängiger Medien und nichtstaatlicher Organisationen und verhängten lange Haftstrafen gegen jene, die ihre Rechte ausüben und für die Menschenrechte eintreten – Handlungen, die das Regime als „extremistisch" brandmarkt. Derzeit gibt es in Belarus 1 221 politische Gefangene, darunter 33 Journalisten und andere Medienschaffende. In den Gefängnissen werden die Häftlinge schlecht behandelt und gefoltert und sind gesundheitsschädlichen Haftbedingungen ausgesetzt. Zudem wird ihnen der Kontakt zur Außenwelt verwehrt. Zu den Häftlingen gehört auch Andrzej Poczobut, ein Journalist und Aktivist, der der polnischen Minderheit angehört. Er wurde 2011, 2012 und erneut 2021 festgenommen und seither zu

Verfasser: Anna Caprile und Jakub Przetacznik, Wissenschaftlicher Dienst für die Mitglieder

insgesamt acht Jahren Haft verurteilt. Trotz seines schlechten Gesundheitszustands wurde er bereits mehrmals in Einzelhaft verlegt.

Kampf für die Wiederherstellung der Demokratie und die Beibehaltung des europäischen Weges in Georgien

Kurz nachdem die EU Georgien den Status eines Bewerberlandes zuerkannt hatte, verabschiedete die Regierung das umstrittene Gesetz über die Transparenz ausländischer Einflussnahme. Damit ignorierte die Regierung die Bewertung der Venedig-Kommission des Europarats, das Gesetz beeinträchtige den Pluralismus und die Demokratie. Gemäß den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates stellt dieses Gesetz in Bezug auf die Demokratie einen „Rückschritt" dar und führt „de facto zu einem Aussetzen des Beitrittsprozesses". Die Parlamentswahl vom 26. Oktober 2024, die erneut die regierende Partei Georgischer Traum (die seit 2012 an der Macht ist) gewonnen hat, war nach Angaben der Wahlbeobachtungsmission des BDIMR der OSZE von äußerst spalterischen Äußerungen im Wahlkampf geprägt. Zudem sei auf breiter Front Druck auf die Wählerinnen und Wähler ausgeübt worden. Andere internationale und georgische Beobachter übten noch viel härtere Kritik. Die Staatsorgane reagierten auf die darauf folgenden Massenproteste mit zunehmender Gewalt. Im November 2024 gab die Regierung Georgiens ihre Entscheidung bekannt, sie werde die Beitrittsgespräche mit der EU bis 2028 auf Eis legen. Diese Entscheidung führte zu erneuten Protesten, die bis heute andauern und denen die Regierung mit zunehmender Brutalität entgegentritt. Seit 2024 wurden mehrere Gesetze erlassen, darunter das Gesetz über die Registrierung ausländischer Agenten und das Gesetz über die Werte der Familie und den Schutz Minderjähriger, mit denen die Zivilgesellschaft, die Unabhängigkeit der Justiz und die Institutionen des Staates weiter geschwächt und die Menschenrechte weiter eingeschränkt wurden. Msia Amaghlobeli, Journalistin und Direktorin der Online-Medien Batumelebi und Netgaseti, wurde im Januar 2025 wegen Teilnahme an Protesten gegen die Regierung Georgiens verhaftet und aus politischen Gründen zu zwei Jahren Haft verurteilt. Damit ist sie die erste politische Gefangene in Georgien seit der Unabhängigkeit des Landes. In den ersten Wochen der Proteste wurden über 400 Menschen festgenommen. Derzeit gelten über 60 Menschen in Georgien als politische Gefangene.

Standpunkte der EU und des Europäischen Parlaments

Die EU erkennt das Ergebnis der Präsidentschaftswahl in Belarus vom 8. August 2020 nicht an und ist der Auffassung, dass es Aljaksandr Lukaschenka an jeglicher demokratischen Legitimität fehlt. Die EU verurteilt, dass sich in Belarus die Menschenrechtslage verschlechtert und das Land an der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine mitwirkt. Als Reaktion darauf hat die EU Sanktionen gegen Belarus verhängt. Das Europäische Parlament forderte in einer Entschließung vom 15. März 2023 die sofortige und bedingungslose Freilassung von Andrzej Poczobut. In einer feierlichen Sitzung am 22. Oktober 2025 begrüßte das Europäische Parlament zwei prominente Oppositionsführer aus Belarus, das Ehepaar Sjarhej Zichanouski und Swjatlana Zichanouskaja, und nahm am selben Tag eine weitere Entschließung zu der Lage in Belarus an. In der Entschließung fordert es, sämtliche politischen Gefangenen, einschließlich Andrzej Poczobut, freizulassen, die Kriminalisierung des Journalismus einzustellen und Journalisten sowohl in Belarus als auch im Exil ein Ende nicht mehr zu drangsalieren. Bereits 2012 hatte das Parlament eine Entschließung zu dem Fall Andrzej Poczobut angenommen.

Die Kommission stellte in ihrem jüngsten Erweiterungspaket 2025 fest, dass sie angesichts der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Dezember 2024 und der kontinuierlichen Rückschritte in Georgien das Land nur noch auf dem Papier als Kandidatenland betrachtet. Zuvor hatte die EU bedauert, dass die Regierung einen Kurswechsel vollzogen hat, und verurteilt, dass Demonstranten unrechtmäßigen Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt sind und ihnen willkürliche Festnahmen drohen. Das Europäische Parlament forderte in einer Entschließung vom 28. November 2024 im Anschluss an die fragwürdige Wahl vom Oktober 2024 eine Neuwahl in Georgien. In einer Entschließung vom 19. Juni 2025 forderte es die sofortige und bedingungslose Freilassung von Msia Amaghlobeli. In einer Entschließung vom 9. Juli 2025 bekräftigten die Mitglieder, die Legitimität des Einparteienparlaments Georgiens nicht anzuerkennen, missbilligten die Rückschritte bei der Demokratie und die Repressionen in dem Land, durch die Georgiens Weg zum EU-Beitritt gefährdet ist, und forderten die EU und die Mitgliedstaaten auf, auf bilateraler Ebene koordinierte persönliche Sanktionen gegen wichtige Entscheidungsträger der Partei Georgischer Traum zu verhängen, auch gegen den Parteigründer und Oligarchen Bidsina Iwanischwili.

Dieses Dokument wurde für die Mitglieder und Bediensteten des Europäischen Parlaments erarbeitet und soll ihnen als Hintergrundmaterial für ihre parlamentarische Arbeit dienen. Die Verantwortung für den Inhalt liegt ausschließlich bei den Verfassern dieses Dokuments. Die hier vertretenen Auffassungen entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments. Nachdruck und Übersetzung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet, sofern das Europäische Parlament vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird. © Europäische Union, 2025.